

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 26

Artikel: Das Reich des Zentrums
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093853>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz weiter zur Gründung der UdSSR vor 60 Jahren

Das Reich des Zentrums

In der letzten Nummer hat Prof. Revesz gezeigt, wie die Sowjetunion entstanden ist. Heute zeigt er, wie sie sich weiter entwickelt hat und wie sie ihre Satelliten einschmilzt.

Wir haben in der letzten Nummer gesehen, dass die erste Verfassung der Sowjetunion den einzelnen Gliedstaaten eigentlich recht viele Kompetenzen zugestand. Die Partei freilich, welche die staatlichen Instanzen leitete und kontrollierte (sie tut es auch heute), war ihrerseits zentralistisch aufgebaut, und so blieb die Frage offen, wie weit die von Lenin gewünschte föderative Unionsstruktur als echtes Modell gedacht war oder als blosser Alibi-Übung.

Stalin zentralisiert...

Aber jedes Rätselraten über diese Frage erübrigte sich, als Stalin, schon seit 1922 Generalsekretär der Partei, nach dem Tode Lenins 1924 die uneingeschränkte Macht übernahm. Er liess keinen Zweifel daran, dass er den Einheitsstaat wollte; um die Verwirklichung der Verfassung kümmerte er sich nicht.

Zwischen 1929 und 1933 war Stalin vornehmlich mit seinem «Klassenkampf» (samt Massenmord an unerwünschten Schichten wie Bauern) und mit der Erledigung seiner Rivalen beschäftigt. Danach widmete er sich der Zentralisierung der Machtbefugnisse. So nahm er den Sowjetrepubliken die Kompetenz, ihre Gesetzbücher nach Richtlinien der Union selber zu formulieren. Am 15. 12. 1936 wurde die «Stalinsche Verfassung» verabschiedet, welche die autonomen Zuständigkeiten der Sowjetrepubliken auf Regierungsebene stark einschränkte. Die Tendenz verstärkte sich nach den Parteisäuberungen von 1936 bis 1939.

Die einzige «Dezentralisierungsmassnahme» Stalins war ein taktischer Kniff 1944. Zu dieser Zeit hatte die Zahl der Unionsrepubliken mit 16 ihren Höchststand erreicht, d. h. den heutigen Stand minus Karelien, das seit 1956 zur RSFSR gehört. Nun gestand Stalin den einzelnen Gliedstaaten plötzlich die theoretische Möglichkeit eigener (natürlich den betreffenden Unionsministerien untergeordneter) Ministerien für Verteidigung und Aussenpolitik zu. Doch das diente bloss dazu, in der künftigen UNO mehrere Sitze für die Sowjetunion zu verlangen, und tatsächlich erhielt diese dann drei Mandate, eines für die UdSSR als solche und je eines für Weissrussland und die Ukraine.

... Chruschtschow dezentralisiert...

Nach Stalin schlug das Pendel wieder in die andere Richtung.

Unter Chruschtschow (1953 bis 1964 an der Parteispitze) kam es ab 1956 zu einem Dezentralisationsprozess. 1957 stellte man die sogenannte

«Grundlagengesetzgebung» wieder her, wonach die Sowjetrepubliken ihre eigenen Gesetze erlassen dürfen, vorgeschrieben im Inhalt, variabel in der Form. Die Zahl der «absolut zentralisierten» Verwaltungsbranchen (die von Moskau aus ohne die Zwischenschaltung von entsprechenden Behörden in den Gliedstaaten direkt für das ganze Unionsgebiet zuständig sind) nahm zwischen 1957 und 1963 von 23 auf 3 ab usw.

Zudem teilte Chruschtschow 1957 das Land in 103 Wirtschaftsregionen ein mit je einem Volkswirtschaftsrat an der Spitze. Der Oberste Volkswirtschaftsrat überwachte das alles.

Auf regionaler und lokaler Stufe «spaltete» Chruschtschow sogar die Partei; für Arbeiter und Bauern gab es jeweils separate Organisationen. Diese Spezialisierung wurde dann auch bei unteren Behörden und beim Jugendverband Komsomol eingeführt.

... und Breschnew rezentralisiert

Chruschtschow wurde im Oktober 1964 gestürzt, und seine Nachfolger beeilten sich, mit allen Missverständnissen seiner arbeitsteiligen Vorstellungen aufzuräumen.

Das neue Regime hob die Arbeiter- und Bauernflügel in Partei usw. auf, ebenso die Volkswirtschaftsräte samt Wirtschaftsregionen.

Dem folgte eine Wiedervereinheitlichung der Staatsverwaltung. Erhalten blieb die «Grundlagengesetzgebung»; sie spielt ohnehin keine grosse Rolle, weil die legislativen Behörden auf staatlicher Ebene eine blosser Attrappe sind; alle Gesetze werden vom zentralen Parteiapparat den nur formell zuständigen Parlamenten diktiert.

Breschnews Verfassung von 1977 hob die militärische Souveränität der Unionsrepubliken (sie hatte ausser auf dem Verfassungspapier niemals bestanden) formell auf und stellte die wirtschaftliche Einheit wieder her: «Die Wirtschaft der UdSSR bildet einen einheitlichen volkswirtschaftlichen Komplex, der alle Bereiche der gesellschaftlichen Produktion, der Verteilung und des Austausches auf dem Territorium des Landes umfasst» (Art. 16).

Die Zahl der Unionsministerien ist in der Sowjetverfassung nicht festgelegt; man ändert sie je nach Bedarf. Zurzeit umfasst die Unionsregierung nicht weniger als 110 Mitglieder. 15 davon sind die Ministerpräsidenten der verschiedenen Unionsrepubliken; sie haben Sitz und Stimme, aber kein eigenes Ressort. Den Ministerien in Rang und Funktion praktisch gleichgestellt sind die Staatskomitees.

Heute gibt es 28 Unionsministerien und 6 Staatskomitees, die von Moskau aus direkt für das Territorium der UdSSR zuständig und somit «direkt zentralisiert» sind. Die wichtigsten dieser Ressorts betreffen Verteidigung, Verteidigungsindustrie, Aussenhandel und (mit mehreren Ministerien) die Schwerindustrie. Seltsamerweise dürfen die Unionsrepubliken immer noch eigene Aussenministerien haben, die dem Aussenministerium der UdSSR unterstehen; praktisch ist dieses «Souveränitätsrecht» belanglos.

Groteskerweise erkennt die geltende Sowjetverfassung in Artikel 72 den Unionsrepubliken immer noch das Sezessionsrecht zu. Groteskerweise deshalb, weil das geltende Strafgesetz gleichzeitig jede Tätigkeit in Richtung auf Gebietsabtrennung mit dem Tode bedroht. Zum Beispiel definiert Artikel 64 des StGB der RSFSR (ihm entsprechen inhaltsgleiche Bestimmungen in den Strafgesetzen der übrigen Sowjetrepubliken) jegliche Aktivität zur Abtrennung von Staatsgebieten der UdSSR oder zur Veränderung ihrer Grenzen als «Vaterlandsverrat», der mit der höchsten Freiheitsstrafe oder mit dem Tode zu ahnden ist. Die Inanspruchnahme eines Verfassungsrechtes ist also ein Kapitaldelikt.

Von der «Gemeinschaft» zur Gross-Union

Über die Sowjetunion hinaus gibt es heute die «Gemeinschaft der sozialistischen Staaten», und die zentralistische Angleichung findet auch dort statt.

Prüft man den Status der «brüderlichen» Staaten im Sowjetlager, kann man zur Feststellung kommen, dass er einige Ähnlichkeiten aufweist mit dem Status, den die seinerzeitigen «souveränen» Sowjetrepubliken bis zum 30. Dezember 1922 hatten. In etwas anderen Formen ist unter den sozialistischen Staaten von heute ebenso eine wirtschaftliche und eine militärische Föderation unter Moskauer Führung entstanden wie damals (siehe letzte Nummer).

Im Unterschied zu damals hat die Sowjetunion freilich auf die nominelle aussenpolitische Föderation verzichtet. Für die UdSSR ist es viel vorteilhafter, wenn ihre Vasallenstaaten eine formelle Unabhängigkeit geniessen, im Ausland und in internationalen Gremien als souveräne Staaten behandelt werden.

Ebenso hat Moskau darauf verzichtet, die kommunistischen Parteien der betreffenden Länder der KPdSU anzugliedern, während zur Zeit Sowjetrusslands vor der Gründung der Sowjetunion die «nationalen» kommunistischen Parteien gleichzeitig auch als Gebietsorganisationen der Russländischen Kommunistischen Partei angehörten und somit gewissermassen einen doppelten Status hatten.

Sonst erfolgt die Vereinheitlichung des Sowjetlagers ungefähr nach den Mustern der leninischen Vereinigungsstrategie auf dem Gebiete der heutigen Sowjetunion.

Der erste Schritt zur Integration des Satellitenlagers erfolgte 1949 auf wirtschaftlicher Ebene: die Gründung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Dann kam 1955 der militärische Zusammenschluss in der Form des Warschauer Paktes. Die sowjetische Massgeblichkeit

dabei ist ebenso abgesichert wie zwischen 1918 und 1922 die russische. In einer Hinsicht ist man noch weiter gegangen als damals: Neben den «nationalen» Streitkräften ist auch eine gemeinsame Armee der Vertragsstaaten entstanden.

Die allgemeine Politik wird durch die gemeinsamen Beratungen auf Parteiführungs- und Regierungsebene koordiniert, wobei sich aus dem Machtgefälle ergibt, dass die sowjetischen Empfehlungen richtungweisend sind.

1971 beschloss die Bukarester RGW-Tagung die «komplexe wirtschaftliche Integration» der Mitgliedstaaten. Die Grundlage dafür ist die gemeinsame Planungs- und Koordinationsfunktion. Langfristige Zielprogramme bis 1990 betreffen insbesondere Energie, Rohstoffe, Maschinenbau, Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie, Konsumgüter, Transporteinrichtungen. Dazu kommen die zahlreichen «gemeinsamen Investitionen» und eine Art Gemeinschaftswährung durch den «transfe-

rierbaren Rubel» (Transferrubel, RGW-Rubel: die Verrechnungseinheit im RGW). So haben die einzelnen RGW-Länder immer weniger Möglichkeiten zu einer selbständigen Wirtschaftspolitik.

Das kulturelle und wissenschaftliche Leben wird nicht ausgespart. Die Chefredaktoren der wichtigsten Zeitungen und Verbandsorgane, die Hochschulrektoren, die Inhaber von Lehrstühlen für Marxismus-Leninismus, die Vertreter von Radio, Fernsehen und Filmproduktion aller Ostblockstaaten kommen jährlich mindestens einmal zusammen, um die «komplexe Integration» zu besprechen, d. h. um die Befehle Moskaus entgegenzunehmen und weiterzuleiten.

Was die organisatorischen Strukturen angeht, scheint die gegenwärtige Ostblock-Integration jetzt beinahe so weit gediehen zu sein wie zwischen 1918 und 1922 die militärische, wirtschaftliche und aussenpolitische Föderation der damaligen sechs Sowjetrepubliken. ■

à propos Mensch

Um diese Jahreszeit genießt man Gemeinschaft im Familien- und Freundeskreis besonders intensiv. So man kann.

Fürs Nichtkönnen ist bei uns höhere Gewalt zuständig. Im Ostblock zusätzlich eine andere Gewalt, verkörpert im System, vergegenständlicht in Stacheldraht, Wachttürmen, Gefängnisnarkern . . . Da sitzen die vielen und können nicht mit ihren Angehörigen Weihnachten und Silvester feiern (oder nicht feiern), «wohltun und mitteilen». Können nicht deshalb, weil das totalitäre System diese Männer und Frauen dafür bestrafen zu können meint, dass sie Wachheit des Gewissens bekundeten, dass sie Überzeugungen religiöser oder politischer Art vertraten, mithin dem System in seinem hohlen Alleingültigkeitsanspruch Widerstand leisteten.

Die vielen sind lauter einzelne Menschen. Mit je ihrem verwaisten Familien- und Freundeskreis daheim, wo keine Feststimmung aufkommt (einmal ganz abgesehen von den materiellen Feiermöglichkeiten für Angehörige politischer Häftlinge).

Ich habe zwei Listen politischer Gefangener vor mir.* Die russischsprachige Publikation enthält Angaben zu 848 Namen, ferner Daten über Haftanstalten und -bedingungen; in der andern Liste sind rund 300 Personen genannt, die ukrainischer Nationalität oder in der Ukraine beheimatet sind.

Aufs Geratewohl herausgegriffen: Jewgrafow Nikolaj Andrejewitsch (bzw. ukrainisch Mykola Andrijowitsch), geb. 1930, Ladearbeiter – was hätte er lernen sollen? –, Bürgerrechtler, verurteilt Ende 1974 zu 10 Jahren Lagerhaft bei Sonderregime, als Autor der kritischen Arbeit «Die Wahrheit über die Unwahrheit». Frühere Freiheitsstrafen: 1940 (!) bis 1965, 1966–1973. Angehörige: keine genannt – wann hätte er eine Familie gründen sollen? Oder: Chrapow Nikolaj Petrowitsch, geb. 1914, Mitglied des Kirchenrates der Evangeliumschrinden-Baptisten; früher vier Haftstrafen von total 26 Jahren, und die letzte 3jährige Frist wäre im März 1983 abgelaufen, aber am 6. November ist Chrapow im Lager verstorben: ein Name von der Liste zu streichen.

Zwei Namen von den vielen, zwei gestohlene, verdorbene Menschenleben? Sind sie dem System hilflos ausgeliefert? Chrapow zeigt in seiner Trilogie «Das Glück des verlorenen Lebens»**, dass eben der historische Veranlasser der Weihnachtsfeiern ihm die innere Freiheit verliet zu Jahrzehnten des geistigen Widerstandes gegen das System, über dem immer noch die höchste Gewalt steht: für ihn Realität und Hoffnungsgrund, der auch gilt für einen Jewgrafow, für die vielen.

HTD

* *Spisok politakljutschonych SSSR*, 4. Ausg., Stand Mai 1982, Hrsg. Cronid Lubarsky, München-Brüssel, 255 S.; *Ukrainski politiv'jasi v SRSR*, Smolokyp, Toronto-Baltimore, 1981, 204 S.

** Chrapow N.P.: *Das Glück des verlorenen Lebens*, Wuppertal-Gummersbach, 1981 und 1982 (Band 3, 1983).

CRITICON

Konservative Zeitschrift

informativ – anregend – umfassend

«National Review» – das führende konservative Organ der USA – schrieb im Februar 1980: «CRITICON ist wohl der hellste Stern am Firmament der konservativen Publizistik. Es ist völlig international in Reichweite und Tonlage. Es ist zugleich sarkastisch und eminent kultiviert, tiefgründig und pamphletisch. Es ist ein (das?) Organ der «Konservativen Internationale.»»

Ich bestelle (Gewünschtes bitte ankreuzen)

- eine CRITICON-Probenummer (gratis)
- Jahrgang 1983 im Abonnement (DM 57.—)

.....

.....

.....

(Bitte Druckschrift)

CRITICON-Verlag, Promenadenplatz 9, 8000 München 2